



HESSEN



Bericht aus Brüssel

04/2020 vom 28.02.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Ausschuss der Regionen.....	4
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	6
Energie.....	7
Digital.....	7
Forschung.....	8
Finanzdienstleistungen.....	9
Finanzen.....	9
Soziales.....	10
Gesundheit und Verbraucherschutz	11
Umwelt.....	11
Landwirtschaft.....	14
Justiz.....	15
Inneres.....	17
Bildung und Kultur.....	18
EU-Förderprogramme.....	19
Veranstaltungen.....	21
Vorschau.....	22

Europäischer Rat; Kein Durchbruch bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen EU-Finanzrahmen

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten konnten sich bei einem Sondergipfel vom 20./21.02.2020 in Brüssel nicht auf einen Mehrjährigen EU-Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021-2027 einigen. Nach langen Verhandlungen, die teilweise die ganze Nacht von Donnerstag auf Freitag andauerten, wurde der Gipfel aufgrund zu großer Differenzen u. a. zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern am Freitagabend ohne Einigung abgebrochen. Schon im Vorfeld des Gipfels wurden deutliche Differenzen zwischen den unterschiedlichen Standpunkten deutlich. Eine vom Präsidenten der Europäischen Rats Michel vorgelegte Verhandlungsbox sah ein EU-Gesamtbudget von 1,074% des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) vor. DEU sowie insbesondere AUT, DNK, SWE und NDL verwiesen jedoch deutlich auf die 1,0%-Grenze, um die Nettozahler nach dem Brexit nicht noch mehr finanziell zu belasten. Ärmere Länder aus dem Osten und dem Mittelmeerraum, sowie das EP, das mindestens 1,3% des BNE als EU-Gesamtbudget forderte, plädierten auf der anderen Seite für ein viel höheres EU-Budget. Letztlich erwiesen sich die Differenzen als zu groß und Michel beendete den Gipfel ohne Einigung mit dem Verweis darauf, dass mehr Zeit für die Verhandlungen benötigt werde.

Am Rande des ER befassten sich die Staats- und Regierungschefs auf eigene deutsch-französische Initiative hin auch mit der Lage in Idlib (Syrien). In einer Erklärung riefen sie zu einem Waffenstillstand sowie dazu auf, dass alle Akteure ihre Verpflichtungen aus internationalem Recht und humanitärem Völkerrecht erfüllen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2020/02/20-21/>

Rat; Beschluss des Verhandlungsmandats für die Kommission für die neue Partnerschaft der EU mit GBR

Der Rat hat am 25.02.2020 einen Beschluss über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen für eine neue Partnerschaft der EU mit GBR angenommen und die Kommission förmlich als Verhandlungsführer der EU benannt. Er hat außerdem die Verhandlungsrichtlinien angenommen. Die Kommission hatte am 03.02.2020 eine Empfehlung an den Rat zur Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit GBR abgegeben. In den Verhandlungsrichtlinien werden der Umfang und die Bedingungen der künftigen Partnerschaft, die die EU mit GBR plant, festgelegt. Geplant ist eine Partnerschaft mit einem Freihandelsabkommen sowie eine weiter gefasste sektorspezifische Zusammenarbeit. Die Richtlinien decken alle Bereiche ab, die für die Verhandlungen von Interesse sind, einschließlich der handelspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Strafverfolgung und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, der Außenpolitik, der Sicherheit und Verteidigung und der Teilnahme an Programmen der EU und anderer thematischer Bereiche der Zusammenarbeit. Die ersten förmlichen Verhandlungen zwischen der EU und GBR über eine künftige Partnerschaft sollen in der ersten Märzwoche beginnen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2020/02/25/>

Kommission; Brexit; Ernennung Sefcovic zum Vertreter der EU im Gemeinsamen Ausschuss von EU und GBR

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 26.02.2020 den Vizepräsidenten der Kommission für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau, Maros Sefcovic, zum Vertreter der EU im Gemeinsamen Ausschuss von EU und GBR ernannt. Das Gremium wurde durch das Brexit-Austrittsabkommen geschaffen und soll die ordnungsgemäße Anwendung des Abkommens überwachen. Es soll ebenfalls einen Mechanismus erarbeiten, um mögliche Streitigkeiten über die

Auslegung des Brexit-Austrittsabkommens zu regeln. Sefcovic soll in enger Abstimmung mit dem EU-Chefverhandler Michel Barnier, Leiter der Task Force für die Beziehungen zu GBR, arbeiten. Die erste Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses soll im März stattfinden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200226-sefcovic-gemeinsamer-ausschuss_de

Rat; Schlussfolgerungen zur besseren Rechtsetzung

Am 27.02.2020 nahm der Wettbewerbsfähigkeitsrat Schlussfolgerungen zur besseren Rechtsetzung an. In seinen Schlussfolgerungen betonte der Rat die Bedeutung grundsatzbasierter und strenger Folgenabschätzungen. Er brachte seine uneingeschränkte Unterstützung für einen unparteiischen Ausschuss für Regulierungskontrolle in der Kommission zum Ausdruck und nahm die Absicht der Kommission zur Kenntnis, das sogenannte One-in-one-out-Instrument anzuwenden. Eine bessere Rechtsetzung sei eine der wichtigsten Triebkräfte für nachhaltiges, integratives Wachstum, sodass Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Digitalisierung und die Schaffung von Arbeitsplätzen gefördert werden können. Zudem werde somit die Transparenz erhöht und die öffentliche Unterstützung für die EU-Gesetzgebung sichergestellt. Die bessere Rechtsetzung zielt darauf ab, die Qualität der Rechtsetzung der EU zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass die Rechtsetzung den Bedürfnissen von Gesellschaft und Wirtschaft entspreche.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/02/27/better-regulation-for-competitiveness-and-sustainable-inclusive-growth-council-adopts-conclusions/>

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; SEDEC-Fachkommissionsitzung

Am 24.02.2020 fand in Brüssel eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Demografischer Wandel: Vorschläge zur Messung und Bewältigung der negativen Auswirkungen in den Regionen der EU“. Darüber hinaus fand ein Meinungs austausch zu folgendem Arbeitsdokument statt: „Regionaler Innovationsanzeiger und seine Auswirkungen auf die regionalen ortsbezogenen Maßnahmen“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164221&meetingSessionId=2204022>

AdR; CIVEX-Fachkommissionsitzung

Am 26.02.2020 fand in Brüssel eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei wurde folgender Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Lokale und regionale Gebietskörperschaften im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern“. Dabei fanden Meinungs austausche und Debatten zu folgenden Themen statt: „Stärkung der lokalen Governance und der repräsentativen Demokratie durch neue digitale Technologien“, „Herausforderungen für die lokale Demokratie im westlichen Balkan“ und „Konferenz zur Zukunft Europas: europäische Werte, Bürgerschaft und Demokratie“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164252&meetingSessionId=2204054>

AdR; ENVE-Fachkommissionsitzung

Am 27.02.2020 fand in Brüssel eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei fanden Meinungs austausche zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Ein Fahrplan für sauberen Wasserstoff – der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu einem klimaneutralen Europa“, „Eignungsprüfung der Wasser-Rahmenrichtlinie und der Hochwasserrichtlinie“, „die Zukunft des Maßnahmenpakets der EU für saubere Luft im Rahmen des Null-Schadstoff-Ziels“ sowie „Biologisch vielfältige Städte und Regionen nach 2020 auf der 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP 15) und in der nächsten EU-Strategie“

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164296&meetingSessionId=2204101>

Wirtschaft

Kommission; DEU kann Innovationen in der Luftfahrtindustrie weiter fördern

Die Kommission hat am 17.02.2020 nach den EU-Beihilfavorschriften eine deutsche Beihilferegelung zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten kleiner und mittlerer Unternehmen sowie von Großunternehmen der Luftfahrtbranche genehmigt. Diese Regelung folgt auf eine bereits genehmigte Maßnahme, die Ende 2018 auslief. Die neue Regelung mit einem durchschnittlichen Jahresbudget von rund 200 Mio. EUR läuft bis 2026.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200217deutschland-kann-innovationen-der-luftfahrtindustrie-weiter-foerdern_de

EIB; 3 Mrd. EUR Neuinvestitionen in Afrika im Jahr 2019

Laut einer Mitteilung der Europäischen Investitionsbank (EIB) vom 24.02.2020 hat die EIB 2019 afrikaweit neue Finanzierungen von insgesamt 3 Mrd. EUR bereitgestellt, die transformative Investitionen von 10,7 Mrd. EUR anstoßen. Ziel ist es, gemeinsam mit afrikanischen Partnern neue Investitionen schneller zu mobilisieren, um eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und das Leben der Menschen in Afrika zu verbessern. 2019 investierte die EIB 3 Mrd. EUR in Afrika. In den vergangenen Monaten hat die EIB neue Initiativen gestartet, mit denen sie neue Projekte schneller umsetzen will. Die EIB hat 58 neue Investitionsvorhaben in 22 afrikanischen Ländern direkt gefördert. Die EIB plant, ihr Engagement in den Ländern südlich der Sahara und in Nordafrika weiter zu verstärken und 2020 afrikaweit 4 Mrd. EUR für öffentliche und private Investitionen bereitzustellen. Erhöht werden sollen die Mittel für Infrastrukturprojekte und Investitionen in Klimaschutz sowie für nachhaltige Entwicklung.

<https://www.eib.org/de/press/all/2020-066-eib-confirms-eur-3-billion-of-new-investment-across-africa-in-2019>

Kommission; EU-Programm für Grenzregionen feiert 30-jähriges Bestehen

Die Kommission teilte am 17.02.2020 mit, dass im Jahr 2020 das EU-Programm zur Zusammenarbeit in den Grenzregionen (Interreg) bereits 30 Jahre existiert. Seit 1990 wurden laut Kommission über die Interreg-Programme europaweit insgesamt ca. 30 Mrd. EUR investiert. Davon hat auch DEU profitiert. Die Interreg-Programme erstrecken sich auf den gesamten europäischen Kontinent und sind im Zeitraum von 2014 bis 2020 mit einem Gesamtbudget von 12 Mrd. EUR ausgestattet, einschließlich der Beiträge der EU und der Mitgliedstaaten. Die Interreg-Kampagne zum 30-jährigen Bestehen wird über das gesamte Jahr 2020 durchgeführt werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200217interreg-eu-programm-fuer-zusammenhalt-grenzregionen_de

Rat; Ausnahmen für Blei und Bleiverbindungen in Bauteilen von Altfahrzeugen

Der Rat erhob am 17.02.2020 keine Einwände gegen die Delegierte Verordnung der Kommission vom 17.12.2019 zur Änderung des Anhang II der Richtlinie 2000/53/EG des EP und des Rates über Altfahrzeuge hinsichtlich bestimmter Ausnahmen für Blei und Bleiverbindungen in Bauteilen. Die Richtlinie kann in Kraft treten, wenn auch das EP keine Einwände erhebt.

https://www.consilium.europa.eu/media/42603/st06117-en20_v2.pdf

V e r k e h r

Kommission; Initiative für bessere Verkehrsverbindungen zwischen Afrika und der EU

Afrikanische und europäische Experten haben am 19.02.2020 in einem Bericht Empfehlungen für eine engere Verkehrszusammenarbeit zwischen Afrika und der EU vorgelegt. Der Bericht enthält Pläne zu einem einheitlichen afrikanischen Luftverkehrsmarkt, einer Beobachtungsstelle für Straßenverkehrssicherheit und bessere Verkehrsverbindungen innerhalb Afrikas sowie zwischen Afrika und Europa. Laut EU-Verkehrskommissarin Adina-Ioana Vălean eröffnet ein umweltfreundlicherer, sicherer und effizienterer Verkehr sowie Mobilität zwischen den beiden Kontinenten Afrika und Europa viele Möglichkeiten. Eine Umsetzung der Schlussfolgerungen des Berichts wird von ihr begrüßt.

https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/20200219_africa-europe_alliance_transport_and_connectivity_taskforce_final.pdf

Rat; Luftverkehrsabkommen der EU mit China

Der Rat fasste am 17.02.2020 einen Beschluss über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der EU und der Regierung der Volksrepublik China über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten. Das Abkommen ist das Ergebnis von Verhandlungen, die darauf abzielen die bestehenden bilateralen Luftverkehrsabkommen der Mitgliedstaaten mit China mit dem Unionsrecht in Einklang zu bringen. Jedes Jahr nehmen mehr als 7,2 Mio. Menschen Flüge zwischen der EU und China in Anspruch.

https://www.consilium.europa.eu/media/42603/st06117-en20_v2.pdf

Rat; Einigung über elektronische Frachtbeförderungsinformationen

Der Rat billigte am 18.02.2020 die im November 2019 mit dem EP erzielte Einigung über den Vorschlag für eine Verordnung über elektronische Frachtbeförderungsinformationen. Ziele des Verordnungsentwurfs bestehen darin, einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Übermittlung digitaler Güterverkehrsinformationen zu schaffen und damit zu mehr Effizienz im Beförderungssektor beizutragen sowie die Digitalisierung der Frachtbeförderung und der Logistikdienste zu fördern, um die Verwaltungskosten zu senken und die Durchsetzungsfähigkeiten der Behörden zu verbessern. Der Text muss vom Rat nach Überarbeitung durch die Rechts- und Sprachjuristen noch förmlich angenommen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/media/42670/st06138-en20.pdf>

Energie

Rat; Abkommen zwischen Euratom und Indien

Der Rat billigte am 20.02.2020 den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Regierung der Republik Indien über eine gemeinsame Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Mit dem Abkommen soll u.a. die Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der nuklearen Reaktorsicherheit, des Strahlenschutzes, der Stilllegung kerntechnischer Anlagen, der nuklearwissenschaftlichen Grundlagenforschung, sowie der Entsorgung radioaktiver Abfälle vertieft werden.

<https://www.consilium.europa.eu/media/42724/st06198-en20.pdf>

Kommission; Umweltfreundlichere Energiesysteme

Die Kommission startete am 17.02.2020 eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 2003/87/EG des EP und des Rates hinsichtlich der Funktionsweise des Modernisierungsfonds zur Unterstützung von Investitionen zur Modernisierung der Energiesysteme und zur Verbesserung der Energieeffizienz in bestimmten Mitgliedstaaten. Die Konsultationsfrist endet am 16.03.2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12192-Commission-Implementing-Regulation-on-the-Modernisation-Fund>

Rat; Gemeinsame Erklärung für den südlichen Gaskorridor

Der Rat fasste am 20.02.2020 einen Beschluss zur Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung der sechsten Ministerkonferenz des Beirats für den südlichen Gaskorridor am 28.02.2020 in Baku. Die gemeinsame Erklärung bestätigt die Entschlossenheit, die langfristige strategische Partnerschaft mit den Interessengruppen des südlichen Gaskorridors weiter auszubauen. Bekräftigt werden auch die gemeinsamen Ziele der Verbesserung der Sicherheit und des Wohlstands der Bürger, des Umweltschutzes und der Verringerung der Treibhausgasemissionen. Die langfristigen strategischen Beziehungen zwischen den beteiligten Ländern des südlichen Gaskorridors sowie zwischen Transporteuren, Lieferanten und Verbrauchern der Energieressourcen sollen weiter vertieft werden, um eine zuverlässige und nachhaltige Versorgung und den Transport von Gas von der Republik Aserbaidschan nach Georgien, in die Türkei, GRI, Albanien, BUL und ITL zu gewährleisten.

<https://www.consilium.europa.eu/media/42724/st06198-en20.pdf>

Digital

Kommission; Paket zur EU-Digitalpolitik veröffentlicht

Die Kommission hat am 19.02.2020 drei Mitteilungen zur EU-Digitalpolitik veröffentlicht: Eine Strategie mit dem Titel „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“, ein Weißbuch zu Künstlicher Intelligenz (KI) sowie eine europäische Datenstrategie. Legislativvorschläge sind nicht Teil des Pakets, werden aber angekündigt. Die Strategie legt dar, dass die Digitalpolitik der neuen Kommission auf drei „Säulen“ aufgebaut ist: eine Digitalisierung, die an den europäischen Werten und Grundrechten ausgerichtet ist, eine faire und wettbewerbsfähige digitale Wirtschaft sowie eine digitale nachhaltige Gesellschaft. Zur Erreichung dieser drei Säulen werden eine Reihe von politischen Initiativen und Legislativvorschlägen angekündigt. Die beiden gleichzeitig vorgelegten Mitteilungen, das Weißbuch KI und die Datenstrategie, sind

bereits Konkretisierungen der übergreifenden Digitalstrategie. Das Weißbuch KI schlägt die Schaffung eines „Ökosystems der Exzellenz“ und eines „Ökosystems des Vertrauens“ vor. Ersteres zielt auf die Förderung von Innovationen im Bereich KI, hinter dem zweiten Begriff verbirgt sich die Schaffung eines neuen EU-Rechtsrahmens für KI-Anwendungen mit hohem Risiko. Zu dem Weißbuch wurde eine öffentliche Konsultation eingeleitet, die am 19.05.2020 endet. Auch zu der Datenstrategie erbittet die Kommission Stellungnahmen. In dieser Strategie kündigt die Kommission politische und legislative Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Datenwirtschaft an. Auch hier steht der europäische, auf Grundrechte und Datenschutz ausgerichtete, Ansatz im Vordergrund. Die Kommission kündigt an, sektorspezifische europäische Datenräume schaffen zu wollen, u.a. im Bereich Finanzen und industrielle Fertigung. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_273

Kommission; Wettbewerb für Anwendungen mit offenen Daten der EU

Am 19.02.2020 haben die Kommission und das Amt für Veröffentlichungen der EU zum vierten Mal den Wettbewerb „EU-Datathon“ gestartet. Der Wettbewerb soll das Potential der Verknüpfung von EU- und regionalen Daten aufzeigen sowie neue, innovative Anwendungen mit den offenen Datensätzen der EU fördern. Die Anwendungen sollen sich mit einer von vier Herausforderungen befassen: dem europäischen Grünen Deal; einer Wirtschaft, die für die Menschen arbeitet; einem neuen Schub für die europäische Demokratie; einem Europa fit für das digitale Zeitalter. Das Bewerbungsverfahren ist bis zum 03.05.2020 geöffnet. Die Finalisten dürfen ihre Ideen vom 13.-15.10.2020 während der 18. Europäischen Woche der Regionen und Städte in Brüssel präsentieren. <https://op.europa.eu/en/web/eudatathon/2020-rules>

F o r s c h u n g

EP; Dialog mit Forschungs- und Innovationskommissarin

Am 19.02.2020 stand Forschungskommissarin Mariya Gabriel den Abgeordneten im EP-Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie im Rahmen eines strukturierten Dialogs Rede und Antwort. Gabriel erklärte zur Kommissionspriorität des Europäischen Grünen Deals, dass ein gut ausgestattetes Forschungsbudget hierfür von zentraler Bedeutung sei und gegenüber der vergangenen Förderperiode wachsen müsse. Gabriel erklärte auch, dass sie ihre Arbeit dem Thema „Brain Drain“ widmen möchte, um zu verhindern, dass Talente aus den betroffenen Mitgliedstaaten langfristig abwandern. Die Forschungskommissarin möchte die Thematik auf den von „Research and Innovation Days“, die im September 2020 stattfinden sollen, zur Sprache bringen. Die Aussprache mit der Kommissarin fand vor dem Hintergrund eventuell drohender Budgetkürzungen für das künftige Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa statt, die von vielen Abgeordneten thematisiert wurden. Mariya Gabriel bekannte sich zu dem Ziel eines stark ausgestatteten Budgets für Horizont Europa und erklärte, sie werde diesbezüglich weiter „Druck machen“. Zu den in Horizont Europa vorgesehenen „Missionen“ („Forschungsaufträgen“) räumte Gabriel ein, dass deren Entwicklungsstand noch sehr unterschiedlich sei – an den Start gehen sollten diese nach dem ursprünglichen Plan aber Anfang 2021.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/ITRE-OJ-2020-02-17-1_DE.pdf

Finanzdienstleistungen

Kommission; Konsultation zur Reform der Regeln für die EU-Wertpapiermärkte gestartet

Am 17.02.2020 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu möglichen Reformen der Richtlinie und der Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID und MiFIR). Diese Regeln gelten seit ihrer Implementierung im Januar 2018 als Eckpfeiler der Reformen, die die EU nach der Finanzkrise eingeführt hat. Obwohl die Regeln insgesamt gut funktioniert haben, könnten einige Anpassungen erforderlich sein. Die Konsultation fragt hierbei insbesondere nach möglichen Änderungen der Anlegerschutzvorschriften und befasst sich mit der möglichen Einführung eines neuen Transparenzinstruments, das es Anlagemanagern, Anlageberatern und ihren Kunden ermöglicht, Zugang zu „Live“-Vermögenspreisen in der gesamten EU in einem konsolidierten Format („consolidated tape“) zu erhalten. Die Konsultation läuft bis zum 20.04.2020.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200217reform-der-regeln-fuer-die-eu-wertpapiermaerkte_de

Finanzen

Rat; Tagung der EUR-Gruppe und des ECOFIN

Am 17.02.2020 tagten in Brüssel die Finanzminister der EUR-Mitgliedstaaten (EUR-Gruppe). Auf der Tagesordnung standen insbesondere die Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeit und das geplante Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (sog. Eurozonenbudget). Außerdem wurden die jährlichen fiskal- und wirtschaftspolitischen Empfehlungen für den Euroraum beschlossen. Am 18.02.2020 tagte im Anschluss an die EUR-Gruppe ebenfalls in Brüssel der Rat der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren das Europäische Semester 2020 sowie die Annahme einer Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke. Hierbei wurden vier Länder bzw. Gebiete, darunter mit den Kaimaninseln erstmals ein Überseegebiet von GBR, neu in die Liste aufgenommen. Des Weiteren verabschiedete der Rat zwei Reformen der bestehenden Mehrwertsteuervorschriften. Außerdem stellte die Kommission ihre Mitteilung zur Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU vor.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2020/02/18/>

EP; Haushaltskontrollausschuss segnet Haushalt 2018 der Kommission ab

Am 19.02.2020 hat der Haushaltskontrollausschuss (CONT) den Haushalt 2018 der Kommission abgeseignet und damit die Entlastung der Kommission für 2018 empfohlen. Diese muss als nächster Schritt vom gesamten EP unterstützt werden. Im Ausschuss wurde darauf hingewiesen, dass Regeln zur Bekämpfung von Betrug und Interessenkonflikten verstärkt werden müssten. Hierbei forderten die Abgeordneten einen stärkeren Schutz der EU-Ausgaben v.a. gegen Betrug, Korruption, Interessenkonflikte, vorsätzlichen Missbrauch und organisierte Kriminalität sowie eine gerechtere Verteilung der EU-Gelder. Hierzu kamen mehrere Vorschläge zur Sprache, z.B. die Einführung einer Subventionsobergrenze zum Schutz der EU-Gelder vor Oligarchen, ein Mechanismus zur Unterstützung der Landwirte im Kampf gegen das organisierte Verbrechen, mehr Mittel für die neugeschaffene EU-Staatsanwaltschaft (EPPO) oder eine Einbehaltung von EU-Geldern bei Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200218IPR72806/budgetary-control-committee-asks-for-stronger-measures-to-protect-eu-spending>

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 1,4% und in der EU auf 1,7% gestiegen

Das statistische Amt der EU (Eurostat) teilte am 21.02.2020 mit, dass die jährliche Inflationsrate im Euroraum im Januar 2020 bei 1,4% lag, gegenüber 1,3% im Dezember 2019. Ein Jahr zuvor hatte sie ebenfalls 1,4% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Januar 2020 bei 1,7%, gegenüber 1,6% im Dezember 2019. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,5% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in ITL (0,4%), CYP (0,7%), DNK und PTL (je 0,8%) gemessen. Die höchsten jährlichen Raten wurden in HUN (4,7%), ROM (3,9%), POL und CZR (je 3,8%) gemessen. In DEU lag die Rate mit 1,6% knapp über dem Durchschnitt der Eurozone. Im Januar kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Dienstleistungen (+ 0,68 Prozentpunkte), gefolgt von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+ 0,40 Prozentpunkte), Energie (+ 0,19 Prozentpunkte) sowie Industriegütern ohne Energie (+ 0,08 Prozentpunkte).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10159416/2-21022020-AP-DE.pdf/59a271bb-70a7-064a-7542-f172da73edd2>

Kommission; Jährliche Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Mitgliedstaaten vorgelegt (Winterpaket)

Am 26.02.2020 hat die Kommission ihre jährliche Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Mitgliedstaaten (MS) vorgelegt (sog. Winterpaket), in der geprüft wurde, wie die MS die länderspezifischen Empfehlungen vom vergangenen Jahr umsetzen. Die Analyse zeigte Rekordwerte bei der Beschäftigung, weniger Ungleichgewichte innerhalb der EU und Reformfortschritte bei Finanzdienstleistungen und Arbeitsmarktpolitik. Genau so wurde jedoch Verbesserungspotenzial beim Schuldenabbau, der Steigerung der Produktivität sowie bei Investitionen und der Chancengleichheit festgestellt. Außerdem werden in dem Bericht auch die verbleibenden makroökonomischen Ungleichgewichte untersucht, die nach wie vor in zwölf MS bestehen, darunter DEU. Erstmals wurden auch die Fortschritte bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele bewertet: Hierbei konnte die Kommission Fortschritte bei der Verwirklichung fast aller 17 Nachhaltigkeitsziele feststellen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200226-wirtschaftliche-lage_de

S o z i a l e s

Rat; Politische Einigung über Mobilitätspaket

Der Rat Bildung, Kultur, Jugend und Sport bestätigte auf seiner Sitzung am 20.02.2020 die am 11.12.2019 mit dem EP erzielte vorläufige politische Einigung über das Mobilitätspaket I, bestehend aus einem Vorschlag für eine Verordnung im Hinblick auf die Anpassung an die Entwicklungen im Kraftverkehrssektor, einem Vorschlag für eine Verordnung hinsichtlich der Mindestanforderungen in Bezug auf die maximalen täglichen und wöchentlichen Lenkzeiten, Mindestfahrtunterbrechungen sowie täglichen und wöchentlichen Ruhezeiten sowie einem Vorschlag für eine Richtlinie bezüglich der Durchsetzungsanforderungen und zur Festlegung spezifischer Regeln im Zusammenhang mit der Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor. Ziel der Vorschläge ist eine weitere Harmonisierung und Vereinfachung der Vorschriften für den europäischen Straßenverkehrssektor sowie eine einheitlichere Durchsetzung der Rechtsvorschriften in allen Mitgliedstaaten. Die Rechtsvorschriften

sollen ferner die soziale Fairness und den fairen Wettbewerb unterstützen und die Unternehmen effizienter machen. Mit Bezug auf die Arbeitszeiten der LKW-Fahrer wird mit den neuen Regeln beispielsweise bestätigt, dass die regelmäßige wöchentliche Ruhezeit (mindestens 45 Stunden) außerhalb des Fahrzeugs verbracht werden muss. Wird diese Ruhezeit nicht zuhause verbracht, so muss die Unterbringung vom Arbeitgeber bezahlt werden. Darüber hinaus wird mit den Regeln für die Entsendung von Kraftfahrern präzisiert, wie Berufskraftfahrern im Güter- oder Personenkraftverkehr der Grundsatz „gleiches Entgelt für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ zugutekommt. Die endgültige Annahme des Mobilitätspakets durch das EP in zweiter Lesung steht noch aus.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5424-2020-INIT/de/pdf>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; 232 Mio. EUR für den weltweiten Kampf gegen COVID-19

Der europäische Koordinator für Notfallmaßnahmen, Kommissar Janez Lenarčič, gab am 24.02.2020 bekannt, dass die EU 232 Mio. EUR für den weltweiten Kampf gegen den Coronavirus bereitstellen werde. Mit bereits mehr als 2.600 Todesopfern und den Epidemien, von denen bereits 28 Länder weltweit betroffen sind, erfordere die Verbreitung von COVID-19 die volle Aufmerksamkeit der EU. Die zuständigen Kommissionsdienststellen arbeiteten seit Beginn des COVID-19-Ausbruchs in einer gemeinsamen Anstrengung intensiv zusammen. Die EU sei sich darüber bewusst, wie wichtig ein integrierter Ansatz sei, um die Menschen in Europa, aber auch darüber hinaus, zu schützen. Allerdings erfordere die Situation die Zusammenarbeit der gesamten internationalen Gemeinschaft. Gemeinsam mit den Gesundheitsministern der Mitgliedstaaten konzentrierten sich die Bemühungen auf die Stärkung der Abwehrbereitschaft. Daher habe man die Notfallplanung auf EU-Ebene eingeleitet. Mit 114 Mio. EUR will die Kommission die Weltgesundheitsorganisation (WHO) dabei unterstützen, ihren globalen Bereitschafts- und Reaktionsplan umzusetzen. In Afrika sollen 15 Mio. EUR bereitgestellt werden, unter anderem für das Institut Pasteur in Dakar (Senegal), um Maßnahmen wie Schnelldiagnose und epidemiologische Überwachung zu unterstützen. 90 Mio. EUR sollen für öffentlich-private Partnerschaften mit der Pharmaindustrie und 10 Mio. EUR für die Forschung in den Bereichen Epidemiologie, Diagnostik, Therapeutika und klinisches Management im Bereich Eindämmung und Prävention bereitgestellt werden. Ferner sollen 3 Mio. EUR für das EU-Katastrophenschutzverfahren und für Rückführungsflüge von EU-Bürgern aus Wuhan, China, zur Verfügung gestellt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_307

Umwelt

Kommission; Europäische Grüne Woche zum Thema Biodiversität

Die Europäische "Grüne Woche" 2020 vom 02.-05.06.2020 in Brüssel wird dem Thema biologische Vielfalt gewidmet sein. Im Mittelpunkt der „Grünen Woche“ sollen der Austausch über das Ausmaß der Biodiversitätskrise und die damit verbundenen Herausforderungen stehen. Aufbauend auf dem Meinungsaustausch will die Kommission anschließend ihre Vorschläge für die künftige Biodiversitätsstrategie diskutieren und die Vorbereitung auf die UN-Konferenz über die biologische Vielfalt im

Oktober 2020 aufnehmen. Eine Anmeldung zur Europäischen „Grünen Woche“ ist schon jetzt möglich.

<https://www.eugreenweek.eu/en>

Kommission; Konsultation zur Liste für Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien

Die Kommission startete am 14.02.2020 eine bis zum 13.03.2020 laufende Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung für den Handel mit gefährlichen Chemikalien. Aufgrund neuer rechtlicher Bestimmungen über die Verwendung von Biozidprodukten, neuer Regulierungsmaßnahmen zu Chemikalien und der Verordnung (EU) Nr. 2017/852 über Quecksilber, sei es nötig, die bisherige Verordnung zum Handel mit gefährlichen Chemikalien zu überarbeiten.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12186-Amendment-of-Annexes-I-and-V-of-PIC-Regulation>

Kommission; Konsultation zu Biozidprodukten mit endokrinschädigenden Eigenschaften

Die Kommission startete am 13.02.2020 eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung zu Biozidprodukten mit endokrinschädigenden Eigenschaften. Bis zum 12.03.2020 kann sich die breite Öffentlichkeit zum Vorschlag der delegierten Verordnung äußern und Rückmeldungen einbringen. Diese sollen in den endgültigen Verordnungstext einfließen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12184-Adapting-data-requirements-in-the-Annexes-to-the-BPR-to-the-ED-criteria>

Kommission; Konsultation zu den Maßnahmen zur Überprüfung und Korrektur der CO₂-Emissionsdaten von schweren Nutzfahrzeugen

Die Kommission startete am 18.02.2020 eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Überprüfung und Berichtigung der Verordnung (EU) 2018/956 über die Überwachung und Meldung der CO₂-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge. Mit der Durchführungsverordnung sollen erstmalig konkrete Maßnahmen zur Überprüfung und Korrektur der von den Herstellern schwerer Nutzfahrzeuge gemeldeten Daten festgelegt werden. Im Rahmen der Konsultation können bis zum 16.03.2020 Rückmeldungen zum Kommissionsvorschlag abgegeben werden.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12194-Measures-for-the-verification-and-correction-of-Heavy-Duty-Vehicles-CO₂-emission-data](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12194-Measures-for-the-verification-and-correction-of-Heavy-Duty-Vehicles-CO2-emission-data)

Kommission; Konsultation zu CO₂-Emissionen von Lkw und Bussen – zusätzliche Datenanforderungen

Die Kommission startete am 17.02.2020 eine bis zum 16.03.2020 laufende Konsultation zum Entwurf einer Delegierten Verordnung über „CO₂-Emissionen von Lkw und Bussen – zusätzliche Datenanforderungen“. Dieser Vorschlag ist aus Sicht der Kommission notwendig, da die Umsetzung der Verordnung (EU) 2018/956, die die Fahrzeughersteller und nationale Behörden verpflichtet, die CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge (Lastkraftwagen, Busse, Reisebusse usw.) zu überwachen und zu melden, die diese Dokumentation zusätzlicher Parameter und eine Änderung der Termine für den Beginn dieser Überwachung bzw. Meldung erfordere. Die Verordnung (EU) 2018/956 soll eine Analyse der Emissionen für schwere Nutzfahrzeuge erleichtern und ein schnelleres Handeln der EU ermöglichen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12106-Update-of-data-requirements-and-starting-dates-for-monitoring-and-reporting-pursuant-to-Regulation-2018-956>

Rat; Verwendung von Zinkoxid für Innen- und Außenfarben

Der Rat erhob in der Sitzung am 18.02.2020 keine Einwände gegen den Beschluss der Kommission zur Änderung des Beschlusses 2014/312/EU, um die Ausnahme für Zinkoxid, mit der dieses für die Verwendung als Konservierungsmittelstabilisator für die „Topf-Konservierung“ und die Konservierung von „Abtönpasten“ zugelassen wird, zu verlängern. Sofern auch das EP keine Einwände gegen diesen Beschluss erhebt, kann die Kommission den Beschluss endgültig erlassen.

<https://www.consilium.europa.eu/media/42670/st06138-en20.pdf>

Rat; Ausnahme für sechswertiges Chrom als Korrosionsschutzmittel

Der Rat erhob am 17.02.2020 keine Einwände gegen die Delegierte Verordnung der Kommission vom 17.12.2019 zur Änderung des Anhang II der Richtlinie 2000/53/EG des EP und des Rates hinsichtlich einer Ausnahme für sechswertiges Chrom als Korrosionsschutzmittel des Kohlenstoffstahl-Kühlsystems in Absorptionskühlschränken in Wohnmobilen. Gemäß der Altfahrzeug-Richtlinie ist die Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Werkstoffen und Bauteilen von Fahrzeugen, die nach dem 01.07.2003 in Verkehr gebracht wurden, beschränkt. Derzeit dürfen Fahrzeuge und Fahrzeugteile, die in der Union in Verkehr gebracht werden, kein Blei, Quecksilber, Cadmium oder sechswertiges Chrom enthalten. In Anhang II der Altfahrzeug-Richtlinie sind die Werkstoffe und Bauteile von Fahrzeugen aufgeführt, die von der Stoffbeschränkung gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie ausgenommen sind. Der Anhang II wird regelmäßig an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt angepasst. Änderungen erfolgen im Wege delegierter Rechtsakte.

https://www.consilium.europa.eu/media/42603/st06117-en20_v2.pdf

Rat; Orientierungsaussprache zum Europäischen Grünen Deal

Am 27.02.2020 führte der Wettbewerbsfähigkeitsrat eine Orientierungsaussprache über den im Rahmen des europäischen Grünen Deals vorgesehenen Übergang zu einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft in der EU. Wie im europäischen Grünen Deal dargelegt, müsse für die Verwirklichung einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft die gesamte Industrie mobilisiert werden. Hierfür seien durch die Digitalisierung ermöglichte Geschäftsmodelle erforderlich, um die Entwicklung hin zu einer Kreislaufwirtschaft zu beschleunigen und eine Entmaterialisierung der Wirtschaft zu fördern und so die Abhängigkeit Europas von Primärstoffen zu verringern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/02/27/better-regulation-for-competitiveness-and-sustainable-inclusive-growth-council-adopts-conclusions/>

Rat; Erörterung des Berichts über die Leistungsfähigkeit des Binnenmarkts

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat hat am 27.02.2020 den Bericht über die Leistungsfähigkeit des Binnenmarkts 2019 erörtert. In dem Bericht wird hervorgehoben, wie wichtig Strukturreformen auf Ebene der Mitgliedstaaten für eine gute Leistungsfähigkeit des Binnenmarkts seien. Betont wird die Verbindung zwischen einer besseren Rechtsetzung und der Umsetzung, Anwendung und Durchsetzung des EU-Rechts zu Gewährleistung eines voll funktionsfähigen Binnenmarktes. Die Erörterung des Berichts ist Teil des Europäischen Semesters, des Zyklus der EU zur Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/02/27/better-regulation-for-competitiveness-and-sustainable-inclusive-growth-council-adopts-conclusions/>

Landwirtschaft

Kommission; Nachhaltige Lebensmittel – Strategie „Vom Hof auf den Tisch“

Mit einem am 17.02.2020 veröffentlichten Fahrplan für eine nachhaltige Lebensmittelstrategie bittet die Kommission die Bürger*innen um Rückmeldung zu den geplanten Maßnahmen für die „Von Hof auf der Tisch“-Strategie. Diese Strategie, die die Kommission im ersten Quartal dieses Jahres vorlegen will, soll Instrumente aufzeigen, die die Produktion von gesunden Lebensmitteln in klimaschonender Weise und unter angemessener Bezahlung der Landwirte und Fischer ermöglichen. Im Rahmen dieses Fahrplans ist es möglich, bis zum 16.03.2020 Feedback zu den von der Kommission geplanten Maßnahmen der Strategie zu geben.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12183-Farm-to-Fork-Strategy->

Rat; Hilfen für Weinsektor nach US-Sanktionen wegen Airbussubventionen

Der Rat beschloss in seiner Sitzung am 18.02.2020 keine Einwände gegen eine delegierte Verordnung der Kommission mit Ausnahmeregelungen von der delegierten Verordnung (EU) 2016/1149 der Kommission, welche die Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des EP und des Rates über die nationalen Förderprogramme im Weinsektor ergänzt, zu erheben. Der Verordnung ist eine Reaktion auf die amerikanische Einführung eines Zolls von 25% auf in DEU, FRA, ESP und GBR (Länder mit Airbus-Fabriken) abgefüllte Weine, die in die USA ausgeführt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/media/42670/st06138-en20.pdf>

Rat; Wiederverwendung von Abwasser in der Landwirtschaft

Der Rat billigte in einer Sitzung am 18.02.2020 die vorläufige Einigung zwischen dem EP und dem Rat von 03.12.2019 über Mindestanforderungen für die Wiederverwendung von Wasser in der Landwirtschaft. Mit der Verordnung, die erstmalig europaweite Mindeststandards in der Wiederverwendung von Wasser für die Landwirtschaft festsetzt, soll die Wiederverwendung von Wasser erleichtert und so die allgemeine Verfügbarkeit verbessert werden. Der Rat muss dem Text, nach einer Überarbeitung durch Rechts- und Sprachsachverständige noch förmlich zustimmen, bevor die Verordnung danach endgültig vom EP verabschiedet wird.

<https://www.consilium.europa.eu/media/42670/st06138-en20.pdf>

Rat; Einsatz von Fleisch- und Knochenmehl als Brennstoff

Der Rat erhob am 18.02.2020 keine Einwände gegen die Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 142/2011 hinsichtlich der Verwendung von Fleisch- und Knochenmehl als Brennstoff in Verbrennungsanlagen. Damit ist es nun möglich, tierisches Fleisch- und Knochenmehl, im Interesse der nachhaltigen Nutzung von Energiequellen, als Brennstoff zu nutzen.

<https://www.consilium.europa.eu/media/42670/st06138-en20.pdf>

Kommission; Planung eines neuen Aktionsplans gegen illegalen Artenhandel

Die Kommission veröffentlichte am 19.02.2020 einen Fahrplan zur Überprüfung des 2016 verabschiedeten Aktionsplans zur verstärkten Bekämpfung des illegalen Handels mit Wildtieren und -pflanzen. Der illegale Artenhandel, eine der verbreitetsten

Formen der organisierten Kriminalität, stellt eine enorme Bedrohung für viele schon jetzt gefährdete Arten dar und hat deswegen große Auswirkungen auf die Biodiversität. Im Verlauf des Fahrplans soll überprüft werden, wie sich der Aktionsplan auf die Eindämmung des illegalen Artenhandels ausgewirkt und, ob er zur Ergänzung der nationalen Bemühungen beigetragen hat. Es ist möglich bis zum 18.03.2020 Rückmeldungen zum Fahrplan einzureichen. Die Kommission plant laut Fahrplan, im zweiten Quartal 2020 eine öffentliche Konsultation zum Thema durchzuführen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12117-Wildlife-trafficking-EU-action-plan-evaluation->

Rat; Ergänzung der Verordnung zur Tiergesundheitsanforderungen an Verbringungen von Landtieren und Bruteiern innerhalb der Union

Der Rat beschloss am 17.02.2020, gegen die Delegierte Verordnung der Kommission vom 17.12.2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des EPs und des Rates hinsichtlich Tiergesundheitsanforderungen an Verbringungen von Landtieren und Bruteiern innerhalb der Union keine Einwände zu erheben. Die Ergänzung beinhaltet vor allem die neuen, sich als wirksam erwiesenen Vorschriften zur Verhütung der Ausbreitung der gelisteten Seuchen in der EU.

https://www.consilium.europa.eu/media/42603/st06117-en20_v2.pdf

J u s t i z

Kommission; Neue Strategie für Opferrechte angekündigt

Anlässlich des Europäischen Tages der Opfer von Straftaten am 22.02.2020 kündigten EU-Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová und EU-Justizkommissar Didier Reynders am 21.02.2020 an, im Juni dieses Jahres eine neue Strategie für Opferrechte von 2020-2024 vorzulegen. In der gemeinsamen Erklärung betonten sie, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa keinen Platz hätten. Die Strategie soll sich mit der Verbesserung des Schutzes und der Unterstützung von Opfern, der Erleichterung des Zugangs zu Entschädigungen sowie der Stärkung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den nationalen Behörden der Mitgliedsstaaten befassen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200221opferrechte_de

EP; Vorstellung von vier Initiativberichten zu KI im JURI-Ausschuss

Am 18.02.2020 wurden im Rechtsausschuss (JURI) des EP vier Initiativberichte zu den Themen Ethik, Haftung, Eigentumsrechte und internationales Recht in Bezug auf Künstliche Intelligenz (KI) vorgestellt. Der Initiativbericht zur Ethik stellt vor allem auf die Leitprinzipien der universellen Menschenrechte, der Nicht-Diskriminierung, der ökologischen Nachhaltigkeit sowie der Geschlechtergleichheit ab. Der Haftungs-Bericht schließt sich der Empfehlung der Expertengruppe für einen risikobasierten Ansatz an und fordert eine einheitlich europäische Regelung, um Fragmentierungen zwischen Mitgliedstaaten zu vermeiden. Bei der Entwicklung neuer Regelungen zu Eigentumsrechten sollen vor allem die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie die Richtlinie zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie) als Grundlagen herangezogen und berücksichtigt werden. Der Bericht zu KI im Bereich des internationalen Rechts fordert einen einheitlich europäischen Ansatz sowie das Aufrechterhalten der Kontrolle des Menschen über die Maschine und verweist darauf, dass in den USA und China KI bereits zu militärischen Zwecken genutzt wird.

<https://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20200218-1430-COMMITTEE-JURI>

EuGH; Urteil über Geltendmachung von Fluggastrechten

Der EuGH hat in seinem Beschluss vom 13.02.2020 die Rechte von Flugreisenden gestärkt. Geklagt hatte das Unternehmen Flightright, welches von zwei Fluggästen aus DEU mit der Geltendmachung ihrer Entschädigungsansprüche infolge des Ausfalls des dritten Teilflugs ihrer Buchung beauftragt worden war. Das Amtsgericht Hamburg hegte Zweifel an seiner Zuständigkeit, da der Teilflug innerhalb von ESP durchgeführt werden sollte, und legte den Fall daher dem EuGH zur Vorabentscheidung vor. Der EuGH entschied, dass bei Flügen, für die eine bestätigte einheitliche Buchung vorliege und die in mehreren Teilflügen von zwei unterschiedlichen Luftfahrtunternehmen ausgeführt würden, Klagen auf Ausgleichszahlungen wegen Annullierung des letzten Teilflugs bei den Gerichten des Abflugsorts des ersten Teilflugs erhoben werden könnten, selbst wenn sie sich gegen das mit dem letzten Teilflug beauftragte Luftfahrtunternehmen richteten. Der EuGH setzt damit voraus, dass ein Luftfahrtunternehmen, mit dem der Fluggast keine Vertragsbeziehung hat, im Namen des Luftfahrtunternehmens handelt, das den Vertrag abgeschlossen hat, und dessen Verpflichtungen erfüllt und erleichtert damit die Durchsetzung von Fluggastrechten.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:62019CO0606>

EuGH; Entscheidung im Markenrechtsfall „Fack Ju Göhte“

Am 27.02.2020 entschied der EuGH, dass das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) erneut über das von Constantin Film als Unionsmarke angemeldete Zeichen „Fack Ju Göhte“ entscheiden muss. Im Jahr 2015 hatte Constantin Film die Marke auf den Titel der gleichnamigen Filmkomödie beim EUIPO angemeldet. Das Amt hatte den Markenschutz abgelehnt, da das Wortzeichen, aufgrund seiner Nähe zum vulgären und anstößigen englischsprachigen Ausdruck „Fuck you“ gegen die guten Sitten verstoße. Die gegen die Zurückweisung eingelegte Klage beim EuG blieb erfolglos. Daraufhin legte Constantin Film beim EuGH Rechtsmittel gegen die Klage ein. Mit seinem Urteil hebt der EuGH das Urteil des EuG und die Entscheidung des EUIPO auf und verwies das Verfahren zur erneuten Entscheidung an das EUIPO zurück. Der EuGH begründete sein Urteil damit, dass nicht hinreichend berücksichtigt worden sei, dass die breite deutschsprachige Öffentlichkeit den Titel des Films nicht als moralisch verwerflich wahrgenommen habe. Zudem seien für den Film jugendliche Zuschauer zugelassen worden. Der Film habe von verschiedenen Organisationen Fördermittel erhalten und werde vom Goethe-Institut zu Unterrichtszwecken verwendet. Zwar sei der Ausdruck „Fuck you“ dem deutschen Publikum bekannt, dennoch nehme es ihn nicht zwingend genauso wahr, wie ein englischsprachiges Publikum, da die Empfindlichkeiten in der Muttersprache stärker sein könnten als in einer Fremdsprache. Mit seinem Urteil folgte der EuGH der Empfehlung des Generalanwalts, der in seinen Schlussanträgen ebenfalls zu dem Ergebnis gekommen war, dass die Sittenwidrigkeit nicht isoliert von ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und ihrem Kontext allein auf den wörtlichen Inhalt der Marke gestützt werden dürfe.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-02/cp200017de.pdf>

Kommission; Fahrplan für Aktionsplan zu Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Die Kommission veröffentlichte am 12.02.2020 den Fahrplan zur Vorbereitung ihres Aktionsplans zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. Dieser soll am 25.03.2020 im Rahmen einer Mitteilung vorgelegt werden. Die jüngsten Geldwäscheskandale hätten deutlich gemacht, dass ein umfassenderer und wirksamerer EU-Ansatz für die Verhinderung und Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erforderlich sei. Der Aktionsplan soll bereits neue Vorschläge zur Behebung bestehender Mängel des bestehenden Rechtsrahmens enthalten. Begleitet wurde die Veröffentlichung von einem Aufruf an interessierte Parteien, bis zum 11.03.2020 Rückmeldungen zu dem vorgestellten Fahrplan einzureichen. Die angekündigte Mitteilung soll Grundlage für eine umfassende Konsultation sein.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12176-Action-Plan-on-anti-money-laundering>

Kommission; EASO stellt erste Zahlen aus dem Bereich Asyl für 2019 vor

Am 26.02.2020 veröffentlichte das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) eine erste Zusammenfassung der Entwicklungen im Bereich Asyl für das Jahr 2019. Zum ersten Mal seit 2015 seien die Asylanträge im Vergleich zum Vorjahr wieder gestiegen. Der Anstieg von 13% gegenüber 2018 sei in erster Linie auf Anträge aus Ländern mit visafreiem Zugang zum Schengenraum zurückzuführen (z.B. Venezuela, Kolumbien, El Salvador und Honduras). So habe zwar die Zahl der Anträge auf internationalen Schutz zugenommen, doch sei die Aufdeckung illegaler Einreisen an den Außengrenzen zurückgegangen. Die meisten Bewerber seien aus den Herkunftsländern Syrien, Afghanistan und Venezuela gekommen. Die Anerkennungsrate sei 2019 mit 33% stabil geblieben, die höchste Anerkennungsrate hätten Staatsangehörige aus Syrien (85%), dem Jemen (82%) und Eritrea (81%) aufgewiesen. Am 26.06.2020 veröffentlicht EASO seinen jährlichen Report, der ein detailliertes Bild über den Zustand des Asylsystems der EU vermitteln soll.

<https://www.easo.europa.eu/sites/default/files/easo-eu-2019-asylum-trends.pdf>

Rat; EU-Außenminister einigen sich auf neue Mission vor libyscher Küste

Die EU-Außenminister verständigten sich am 17.02.2020 auf eine neue Operation im Mittelmeer. Die neue Operation soll der Überwachung des Waffenembargos gegen Beteiligte des Konflikts in Libyen dienen. Die bisherige Operation „Sophia“ soll am 20.03.2020 auslaufen. Diese läuft seit Juni 2015 im Mittelmeer vor der libyschen Küste und hat insbesondere das Ziel, Schlepperbanden zu bekämpfen. Die neue Operation soll Luft-, Satelliten- und Seeeinheiten umfassen und sich vorwiegend auf den Osten der libyschen Küste konzentrieren, wo der Großteil des Waffenschmuggels vermutet wird. Die potentiellen Auswirkungen auf Migrationsströme sollen sorgfältig und regelmäßig überwacht werden und gegebenenfalls zum Abzug von Marineeinheiten aus dem betreffenden Gebiet führen. Einzelheiten sollen im Rahmen des nächsten EU-Außenministerrats beschlossen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/media/42583/st06117-en20.pdf>

EuGH; Schlussanträge zu Abschiebungshaft bei Gefährdern

Am 27.02.2020 legte Generalanwalt Priit Pikamäe seine Schlussanträge in der Rechtssache C-18/19 WM gegen die Stadt Frankfurt am Main betreffend die Haftbedingungen von in Abschiebungshaft befindlichen Gefährdern vor. Dem Verfahren liegt die Vorlagefrage des Bundesgerichtshofs (BGH) zugrunde, ob eine Regelung, die es erlaubt, die Abschiebungshaft im Falle von Personen, von denen

eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter oder bedeutende Rechtsgüter der inneren Sicherheit ausgeht, in einer normalen Justizvollzugsanstalt anstelle einer Abschiebungshaftanstalt unterzubringen, mit der Richtlinie 2008/115/EG über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger (Rückführungsrichtlinie) vereinbar ist. Der Generalanwalt führte in seinen Schlussanträgen aus, dass die Vorschriften der Rückführungsrichtlinie, die Ausnahmen von dem Verbot der Unterbringung von Abschiebungshäftlingen in normalen Justizvollzugsanstalten vorsähen, nicht abschließend seien. Daher könnten auch Gefährder grundsätzlich in normalen Justizvollzugsanstalten untergebracht werden, wenn insoweit die Mindestgarantien der Rückführungsrichtlinie und der Grundrechte gewahrt würden. Generalanwalt Pikamäe kommt daher zu dem Schluss, dass die Rückführungsrichtlinie der nationalen Regelung vorbehaltlich des Verbots des Kontakts mit verurteilten Gefangenen nicht entgegensteht und es Sache der Behörden des jeweiligen Mitgliedstaates ist, zu prüfen, ob von dem Betroffenen eine hinreichende Gefährdung ausgeht.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=223854&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=7989578>

Bildung und Kultur

Rat; Entschließung zur allgemeinen und beruflichen Bildung im Rahmen des Europäischen Semesters

Der Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport verabschiedete auf seiner Sitzung am 20.02.2020 eine Entschließung zur allgemeinen und beruflichen Bildung im Rahmen des Europäischen Semesters. Darin betonen die Minister, dass es am Ende des Zeitraums der EU-Strategie 2020 und mit Blick auf die Zukunft wichtig sei, den Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung in den Diskussionen im Rahmen des Europäischen Semesters besser zur Geltung zu bringen. U.a. ginge es darum, evidenzbasierte Diskussionen über Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung und über Reformen in diesem Sektor sicherzustellen. Man müsse auf eine bessere Inklusion aller Menschen in die Bildungsangebote hinarbeiten und den Mangel an digitalen Kompetenzen beheben, so die Minister. Ferner müsse über Reformen der allgemeinen und beruflichen Erstausbildung nachgedacht werden, um den Trend des wachsenden Anteils eines unterdurchschnittlichen Leistungsniveaus in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften umzukehren. Auch sei es nach wie vor eine Herausforderung, die Benchmarks in Bezug auf unzureichende Leistungen der 15-Jährigen im PISA-Test sowie in Bezug auf die Erwachsenenbildung zu erreichen. Um die Sichtbarkeit der allgemeinen und beruflichen Bildung zu erhöhen und ihre Rolle als unterstützende Strukturpolitik weiter anzuerkennen, seien weiterhin Beiträge zum Europäischen Semester und zur Umsetzung der neuen Wachstumsstrategie – dem europäischen Grünen Deal – zu leisten, soweit es um Fragen der allgemeinen und beruflichen Bildung geht.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5536-2020-INIT/de/pdf>

Rat; Aussprache über zirkuläre Wanderung Hochqualifizierter im EU-Bildungsraum

Vor dem Hintergrund eines wachsenden Wettbewerbs um hoch qualifizierte Arbeitskräfte führte der Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport auf seiner Sitzung am 20.02.2020 eine Aussprache über zirkuläre Wanderung Hochqualifizierter („Brain Circulation“). Dabei debattierten die Minister u.a. über die Frage, welche politischen Maßnahmen erforderlich sind, um eine ausgewogene Mobilität Hochqualifizierter in der

EU zu erreichen. Die Freizügigkeit von Personen als eines der Grundprinzipien der EU gewährleiste das Lernen und die Arbeitsmobilität der EU-Bürger sowie den freien Verkehr von Wissen und Ideen in der gesamten Union. Dies trage zur Entwicklung verschiedener Fertigkeiten, zu einer höheren Beschäftigungsfähigkeit und letztlich zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung bei, so die Minister. Gleichzeitig könnten Ungleichgewichte im Brain-Flow und die Einwegmigration von Menschen mit Qualifikationen aufgrund wirtschaftlicher Ungleichgewichte in der EU zu negativen Folgen, wie z.B. zum Brain-Drain, führen. Die Bildungsminister waren sich darüber einig, eine ausgewogene Brain-Circulation anstreben zu wollen, die die langfristige Nachhaltigkeit und den Zusammenhalt innerhalb der Union unterstützen könne. Die Minister befassten sich auch mit der Frage, wie die positiven Auswirkungen der Brain-Circulation verstärkt werden könnten, z.B. durch die Entwicklung von Strategien und Initiativen, wie z.B. europäische Universitäten, die zu einer ausgewogenen Brain-Circulation im Europäischen Bildungsraum beitragen könnten. Ferner diskutierten die Minister darüber, wie europäische Fonds, Programme und Finanzierungsinstrumente genutzt werden könnten, um eine ausgewogene Zirkulation von Fachkräften zu fördern.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5512-2020-INIT/de/pdf>

EP; Stellungnahme zu den Verhandlungen zu EU-Programmen für Bildung, Kultur und Solidaritätskorps

In einer Pressekonferenz haben die Vorsitzende des EP-Kulturausschusses MdEP Sabine Verheyen (EVP/DEU) und die Berichterstatter MdEP Milan Zver (SLO/EVP), MdEP Massimiliano Smeriglio (S&D/ITL) und MdEP Michaela Šojdrová (EVP/CZR) am 13.02.2020 den Rat kritisiert und zum aktuellen Stillstand bei den Trilog-Verhandlungen zu den EU-Förderprogrammen Erasmus+, Kreatives Europa und Europäisches Solidaritätskorps Stellung genommen. Nach Einschätzung der vier MdEP fehlten ausreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten des EP zu den Elementen der Programme und der Rat falle mit seiner Herangehensweise zur Ausstattung der Programme weit hinter die Erwartungen zurück. „Wir forderten eine Verdreifachung des Erasmus-Budgets und eine Verdoppelung des Budgets für Kreatives Europa, wohingegen der finnische Vorschlag von Dezember 2019 sogar um 20% unter dem Kommissionsvorschlag zurückblieb“, kritisierten die vier Abgeordneten. EP, Rat und Kommission hätten die Pflicht, zu garantieren, dass den Programmen ab 2021 eine Ausstattung zur Verfügung gestellt werde, die den Ansprüchen gerecht werde. Die MdEP erklärten, sie stünden bereit, den Faden der Verhandlungen wiederaufzunehmen. Zuerst brauche man aber belastbare Vorschläge der Kommission und ein vollwertiges Verhandlungsmandat des Rates.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200207IPR72143/mff-time-to-deliver-for-erasmus-creative-europe-and-european-solidarity-corps>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Ausschreibung für den Europäischen Unternehmensförderpreis geöffnet

Der Europäische Unternehmensförderpreis (European Enterprise Promotion Award) der Kommission prämiiert herausragende Leistungen von Behörden und öffentlich-privaten Partnerschaften. In DEU wird der Vorentscheid durch das RKW Kompetenzzentrum in Eschborn durchgeführt. An dem Wettbewerb können nationale, regionale oder lokale Behörden, Bildungseinrichtungen und Wirtschaftsorganisationen sowie öffentlich-private Partnerschaften aus allen EU-Mitgliedstaaten einschließlich Island, Norwegen, Serbien und der Türkei teilnehmen. Insgesamt bewerben sich jedes

Jahr rund 350 Organisationen bzw. Projekte für die nationalen Vorentscheide. Etwa 30 davon qualifizieren sich für den Wettbewerb auf europäischer Ebene. Konzipiert ist der Europäische Unternehmensförderpreis als zweistufiger Wettbewerb. DEU nominiert im Rahmen eines vorgeschalteten nationalen Auswahlprozesses zwei Kandidaten, die anschließend am Wettbewerb auf europäischer Ebene teilnehmen. Die Wettbewerbskategorien orientieren sich an den Prioritäten des europäischen Small Business Act. Bewerbungen sind in den folgenden sechs Kategorien möglich: Kategorie 1 – Förderung des Unternehmergeistes; Kategorie 2 – Investitionen in Unternehmenskompetenzen; Kategorie 3 – Verbesserung der Geschäftsumgebung; Kategorie 4 - Förderung der Internationalisierung der Wirtschaftstätigkeit; Kategorie 5 - Förderung der Entwicklung von grünen Märkten und von Ressourceneffizienz; Kategorie 6 - Verantwortungsvolles und integrationsfreundliches Unternehmertum. Einsendeschluss ist der 09.04.2020.

<http://www.europaeischer-unternehmensfoerderpreis.de/index.html>

Kommission; Ausschreibung für den Horizont 2020 Impact Award veröffentlicht

Am 13.02.2020 hat die Kommission die Ausschreibung für den diesjährigen Preis für EU-finanzierte Projekte, deren Ergebnisse in ganz Europa und darüber hinaus gesellschaftliche Auswirkungen haben, veröffentlicht. Der Preis soll die einflussreichsten und wirkungsvollsten Projektergebnisse im Rahmen von Horizont 2020, dem EU-Forschungs- und Innovationsprogramm, und seinem Vorgänger, dem 7. Rahmenprogramm (RP7, 2007-2013), auszeichnen. Der Wettbewerb steht nur RP7- und Horizont 2020-Projekten offen, die abgeschlossen sind und deren Auswirkungen nachgewiesen werden können. Jeder der fünf Gewinner erhält 10.000 EUR. Der Wettbewerb ist bis zum 02.04.2020 geöffnet. Die Gewinner werden auf den Europäischen Forschungs- und Innovationstagen im September 2020 in Brüssel bekannt gegeben. Dieser Preis soll die umfassenderen sozioökonomischen Vorteile von EU-Investitionen in Forschung und Innovation veranschaulichen und die Projektbegünstigten dazu ermutigen, die Forschungsergebnisse zu verwalten und zu nutzen. Die Gewinnerprojekte aus dem Jahr 2019 haben einen nachweisbaren Beitrag dazu geleistet, ein neues Medikament für eine seltene Krankheit zu entwickeln, die Sicherheit beim Surfen im Internet zu erhöhen und Küstengebiete vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen.

https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/funding/funding-opportunities/prizes/horizon-impact-award_en

Kommission; Ausschreibung für die Kooperation mit der Gemeinsamen Forschungsstelle veröffentlicht

Hochschulen und Universitäten können sich seit dem 03.02.2020 erneut für das Kooperationsprogramm der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission (JRC) "Collaborative Doctoral Partnerships" bewerben, um im Anschluss mit dem JRC eine intensive, strategische Zusammenarbeit in der Ausbildung von Promovierenden einzugehen. Die teilnehmenden Einrichtungen und der wissenschaftliche Nachwuchs sollen dabei von der besonderen Rolle des JRC an der Schnittstelle zwischen erstklassiger Wissenschaft und Politik profitieren. Das JRC erhofft sich von der Maßnahme eine stärkere Kooperation und Vernetzung mit den europäischen Hochschulen. Die Ausbildungsinhalte sollen gemeinsam erarbeitet werden und an den beiden Partnereinrichtungen vermittelt werden. Dabei übernimmt das JRC auch die Kosten für die Forschungsaufenthalte der Promovierenden in seinen Instituten. Der Aufruf zur Interessensbekundung für die Collaborative Doctoral Partnerships ist bis zum 03.05.2020 für die folgenden 13 Themengebiete geöffnet: 1.Digital Governance, 2.Smart, connected and clean mobility, 3.EU Energy Transition, 4.Development of methods to monitor progresses, design transformations and identify solutions to

achieve SDGs, 5.Secure and sustainable supply of raw materials for strategic value chains, 6.Artificial intelligence for earth observation, 7.Graphic causal models for hybrid threats, 8.Resilience of built infrastructure to natural and man-made hazards, 9.Health promotion and prevention of non-communicable diseases (NCDs), 10.Non-power nuclear and radiological technologies to achieve the SDGs 2030 Agenda, 11.Synergies of qualitative and quantitative methods for anticipation activities, 12.Behavioural insights applied to policy-making and 13.Robustness in complex data analysis and statistical modelling.

<https://ec.europa.eu/jrc/en/working-with-us/collaborative-doctoral-partnerships>

V e r a n s t a l t u n g e n

Expertengespräch zur Europäischen Sozialpolitik

Am 20.02.2020 lud die Vertretung des Landes Hessen bei der EU in Kooperation mit dem Arbeitgeberverbands HessenChemie in Brüssel zum Expertengespräch zur Europäischen Sozialpolitik „Digitalisierung – Berufliche Aus- und Weiterbildung neu denken“ ein. In seiner Begrüßung betonte Dirk Meyer, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands HessenChemie, die digitale Transformation sei in vollem Gange. In dieser Situation sei es wichtig zu sehen, dass die Veränderungsbereitschaft der Beschäftigten zwar hoch sei, die Unternehmen aber teilweise noch keine Strategien für die digitale Aus- und Weiterbildung hätten. Europäische Politik und regionales Handeln müssten hier näher zusammengebracht werden. MdEP Gabriele Bischoff (S&D/DEU), Mitglied des Beschäftigungsausschusses des EP, betonte, niemand dürfe bei der digitalen Transformation zurückgelassen werden. Es ginge darum, Vertrauen der Menschen in die Veränderungsprozesse zu wecken. Die Kommission sei dazu aufgefordert, neben den großen digitalen Einzelstrategien eine kohärente Gesamtstrategie nicht aus den Augen zu verlieren. Holger Hiltmann, Leiter kfm. Ausbildung und Ausbildungsmarketing Merck KGaA, gab den Gästen einen Einblick in die digitalen Veränderungsprozesse und damit zusammenhängenden Aus- und Weiterbildungsbedarfe der Merck KGaA. Die veränderte Arbeitswirklichkeit mache eine kontinuierliche Überprüfung der Kongruenz zwischen Ausbildungsinhalten und tatsächlich benötigten Fähigkeiten erforderlich. Hellen Hoffmann, Referat Berufsbildung, Lehrlingsausbildung und Erwachsenenbildung in der GD Beschäftigung der Kommission, stellte die Initiativen der Kommission zu Aus- und Weiterbildung vor. In den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellte sie die Forderung, europäische, nationale und regionale Akteure müssten beim Thema Aus- und Weiterbildung eng zusammenarbeiten. Die von der Kommission vorgeschlagenen Strategien zur digitalen Bildung oder die Kompetenzagenda müssten auf der regionalen Ebene ihren Niederschlag finden.

Parlamentarischer Abend des Deutschen Gewerkschaftsbunds zum Thema „Faire Mobilität“

Am 18.02.2020 hatte der DGB zu einem Parlamentarischen Abend mit dem Thema „Faire Mobilität“ in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU eingeladen. Annelie Buntenbach, Mitglied des DGB-Bundesvorstands, betonte in ihrer Begrüßung, dass die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte eine Priorität der neuen Kommission unter Präsidentin von der Leyen sein müsste. Ein wirklich soziales Europa zu schaffen, was den Namen verdiene, sei für die Zukunft der EU sehr wichtig. Auf dem Gebiet der Arbeitnehmerentsendung tue die EU gut daran, für faire und gute Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit für die Beschäftigten zu sorgen. Daher engagiere sich der DGB u.a. auf dem Gebiet der Arbeitnehmerentsendung. Das

Projekt "Faire Mobilität" unterstütze Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa bei der Durchsetzung ihrer Rechte auf faire Löhne und Arbeitsbedingungen. Schwerpunkt des Projektes sei der Aufbau und Betrieb von Beratungsstellen in Berlin, Kiel, Oldenburg, Dortmund, Frankfurt/Main, München, Stuttgart, Mannheim und Nürnberg. Im Anschluss an die Begrüßung stellten Beraterinnen und Berater unter der Moderation von David Siebert, Deutschlandfunk Kultur, ihre Arbeit vor. Die Nachfrage nach Beratung und Hilfe sei viel größer als ursprünglich erwartet. Die neun Zentren beraten jährlich rund 9.000 Personen.

Abendveranstaltung „Governance and other issues regarding the Cybersecurity Competence Network“ des Netzwerks CyberSec4Europe

Am 24.02.2020 veranstaltete das Forschungs-Netzwerk CyberSec4Europe in der Hessischen Landesvertretung eine Abendveranstaltung zu dem Thema „Governance and other issues regarding the Cybersecurity Competence Network“. Nach einer Begrüßung von Kai Rannenberg, Goethe Universität Frankfurt und Koordinator von CyberSec4Europe, sprach Tamara Tafra, Beraterin für Cyber-Angelegenheiten bei der Ständigen Vertretung Kroatiens bei der EU, in ihrem Impulsvortrag über die Arbeit und die Ziele der bis zum 30.06.2020 übernommenen Ratspräsidentschaft von KRO im Bereich Cybersicherheit. Im Anschluss diskutierten Wojciech Wiewiórowski, Europäischer Datenschutzbeauftragter, Amelia Andersdotter, ehemalige schwedische Europaabgeordnete und Expertin für die Informationsgesellschaft, geistiges Eigentum und IT-Politik, Eda Aygen, Leiterin der Kommunikationsabteilung und Beraterin des Generalsekretärs der Europäischen Organisation für Computer- und Netzsicherheit (ECISO), Tobias Fiebig, Assistenzprofessor im Fachbereich "Engineering Systems and Services" der Technischen Universität Delft, und Maria Luisa Stasi, Leitende Rechtsberaterin des Think Thank „Article 19“, über Herausforderungen bei der Entwicklung des geplanten Cybersecurity Competence Networks, insbesondere im Hinblick auf die kroatische Ratspräsidentschaft. Sowohl Tamara Tafra als auch die weiteren Teilnehmer der Podiumsdiskussion betonten, dass die EU bezüglich des Aufbaus des Netzwerks vor großen Herausforderungen stehe und die Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten beseitigt werden müssten. Andernfalls sei ein geeinter europäischer Ansatz und die angestrebte weltweit führende Rolle der EU in der Cybersicherheit nicht zu erreichen. Des Weiteren wurde von allen Teilnehmern unterstrichen, dass auch die Bürgerinnen und Bürger in den Aufbauprozess eingebunden werden sollen.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- | | |
|------------|---|
| 05.03.2020 | Rat für Umwelt
Pariser Klimaschutzübereinkommen
Europäisches Semester |
| 12.03.2020 | Rat für Auswärtige Angelegenheiten |
| 13.03.2020 | Rat für Justiz und Inneres |

Europäische Kommission

- 04.03.2020 Sitzung der Kommission
Europäisches Klimagesetz
Europäische Gender-Gleichstellungsstrategie
In Richtung einer vollumfassenden Strategie mit Afrika
- 10.03.2020 Sitzung der Kommission
Europäische Industriestrategie
KMU-Strategie
Bericht über Hürden im Binnenmarkt
Aktionsplan zur Binnenmarktdurchsetzung
Neuer Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft

Europäisches Parlament

Themen der Plenarsitzung des EP vom 09.-12.03.2020

- Klimagesetz
- Bankenunion
- Wettbewerbspolitik
- Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 20.02.2020 zum mehrjährigen Finanzrahmen
- Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020
- Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte in der Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020
- Ansprache von Nana Akufo-Addo, Präsident der Republik Ghana
- Grenzüberschreitender Personenkraftverkehr in der Grenzregion: Kabotagebeförderungen zwischen Italien und der Schweiz
- Durchführungsbeschluss über die Aufnahme des automatisierten Austauschs daktyloskopischer Daten in GBR
- Neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft
- Strategie für KMU
- Strategie für Afrika
- Aktuelle Lage in Georgien - Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Fünf Jahre Umsetzung der Minsker Vereinbarungen – ein Weg vom Krieg zum Frieden
- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 26./27.03.2020
- Statusvereinbarung zwischen der EU und Montenegro über die Durchführung von Aktionen durch die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache in Montenegro
- Statusvereinbarung zwischen der EU und Serbien über die Durchführung von Aktionen durch die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache in Serbien
- Wiederaufnahme des Strafverfolgungsverfahrens gegen den Ministerpräsidenten von CZR aufgrund der missbräuchlichen Verwendung von EU-Mitteln und potenzieller Interessenkonflikte
- Überarbeitung der Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur

- Strategie der EU zugunsten von Menschen mit Behinderungen für die Zeit nach 2020
- EU-Strategie für die Industrie
- Arzneimittelknappheit

Ausschuss der Regionen

- 02.03.2020
- ECON-Fachkommissionssitzung
Die Umsetzung von Freihandelsabkommen aus regionaler und lokaler Sicht (Abstimmung) Das Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (BICC) (Abstimmung) Das Dienstleistungspaket: aktualisierter Standpunkt der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas (Abstimmung)
- 03.03.2020
- COTER-Fachkommissionssitzung
Neuaufgabe der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt (Abstimmung) Fonds für einen gerechten Übergang (Orientierungsdebatte) Gemeinsame Sitzung des TRAN-Ausschusses und der Fachkommission COTER zum Thema „Das Herzstück des Grünen Deals – die Rolle der Städte und Regionen bei der Senkung der verkehrsbedingten CO2-Emissionen“
- 05.03.2020
- NAT-Fachkommissionssitzung
Intensivierung der EU-Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Wälder in der Welt (Abstimmung) Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (Meinungsaustausch) Ein nachhaltigerer Tourismus für die Städte und Regionen der EU (Meinungsaustausch) Vom Hof auf den Tisch – die lokale und regionale Dimension (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

- 03.03.2020 Urteile (Große Kammer) in den Rechtssachen C-75/18 Vodafone Magyarorzág und C-323/18 Tesco-Global Áruházak- Ungarische Sondersteuer für Telekommunikations- und Einzelhandelsunternehmen
- 03.03.2020 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-482/18 Google Ireland – Ungarische Werbesteuer
- 03.03.2020 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-125/18 Gómez del Moral Guasch – An Referenzindex geknüpfter variabler Zinssatz für Immobilienkredit
- 03.03.2020 Urteil (Große Kammer) in der Rechtssache C-482/18 Google Ireland - Ungarische Werbesteuer
- 03.03.2020 Mündliche Verhandlung (Große Kammer) in den Rechtssachen C-620/18 HUN /, und C-626/18 POL / Parlament und Rat - Nichtigkeitsklagen gegen Änderung der Entsenderichtlinie

- 04.03.2020 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-321/19 Bundesrepublik DEU - Berechnung der LKW-Maut in DEU
- 05.03.2020 Urteil in der Rechtsmittelsache C-766/18 P Foundation for the Protection of the Traditional Cheese of Cyprus named Halloumi / EUIPO - Markenstreit um Halloumi
- 05.03.2020 Urteil in der Rechtssache C-135/19 Pensionsversicherungsanstalt - Exportierbarkeit des österreichischen Rehabilitationsgelds
- 05.03.2020 Schlussanträge in der Rechtssache C-66/18 Kommission / HUN - Ausländische Hochschulen in HUN
- 05.03.2020 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-238/19 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - Asylantrag eines Syrers, der sich dem Wehrdienst entzogen hat

Gericht der Europäischen Union

- 05.03.2020 Mündliche Verhandlung in den verbundenen Rechtssachen T-816/17 LUX / und T-318/18 Amazon EU und Amazon.com / Kommission - Staatliche Beihilfen durch selektive Steuervergünstigungen
- 06.03.2020 Fortsetzung der mündlichen Verhandlung in den verbundenen Rechtssachen T-816/17 LUX / und T-318/18 Amazon EU und Amazon.com/ Kommission
- 09.03.2020 Anhörung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Sache des vorläufigen Rechtsschutzes C-791/19 R Kommission / POL – Disziplinarkammer des polnischen Obersten Gerichts
- 10.03.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-286/09 RENV Intel Corporation / Kommission – Missbrauch beherrschender Stellung auf dem Markt für x86-Prozessoren
- 11.03.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-511/17 Lintner – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen
- 11.03.2020 Fortsetzung der mündlichen Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-286/09 RENV Intel Corporation / Kommission – Missbrauch beherrschender Stellung auf dem Markt für x86-Prozessoren
- 12.03.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-583/18 Verbraucherzentrale Berlin – Widerrufsrecht beim Online-Kauf der BahnCard 25?
- 12.03.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-576/18 Kommission / ITL – Staatliche Beihilfen für Hotels auf Sardinien
- 12.03.2020 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-732/16 Valencia Club de Fútbol /, und T-901/16 Elche Club de Fútbol / Kommission – Staatliche Beihilfen für spanische Fußballvereine

12.03.2020 Fortsetzung der mündlichen Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-286/09 RENV Intel Corporation / Kommission – Missbrauch beherrschender Stellung auf dem Markt für x86-Prozessoren

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 13.03.2020.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA